



Erklärung der Evangelischen Landeskirche  
in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE  
IN WÜRTTEMBERG



Die Botschaft des Friedens gehört wesentlich zur Bibel. Dort wird verheißen, dass aus Schwertern Pflugscharen werden sollen (Jesaja 2,4). Im Neuen Testament wird verkündigt, dass Christus selbst unser Friede sei. Durch den Tod am Kreuz hat Christus alle Feindschaft beendet und die Menschen mit Gott versöhnt. Aufgrund dieser vielfältigen Friedensbotschaft der Bibel wissen wir uns als Kirche für diesen Frieden Jesu Christi berufen. In diesem Frieden Gottes wollen wir auch in den Lebens- und Konfliktsituationen dieser Welt für Frieden unter den Menschen eintreten.



Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat dieses Anliegen aufgenommen und sich in einem mehrjährigen Prozess mit ganz konkreten Fragen der Friedensförderung beschäftigt. Aus der Arbeit einer Landeskirchlichen Kommission zur Rüstungskonversion (Umwidmung der Produktion von Rüstungsgütern in die Produktion ziviler Güter) heraus ist in Zusammenarbeit mit Synodalen der Landessynode und mit Mitarbeitenden des Oberkirchenrats eine Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten hervorgegangen. Das Kollegium des Oberkirchenrats und unsere Landessynode haben dieser Erklärung mit großer Mehrheit zugestimmt. Gerne übernehme ich als Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg die Aufgabe, den Text dieser Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ich wünsche dieser landeskirchlichen Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten, dass sie in vielen Gruppen und Kreisen unserer Landeskirche und auch außerhalb der Landeskirche interessiert gelesen und diskutiert wird. Diese Erklärung will Menschen dazu ermutigen, zu Botschafterinnen und Botschaftern des Friedens zu werden. Im Jahr des Reformationsjubiläums bitte ich mit Worten von Martin Luther: „Verleih uns Frieden gnädiglich, Herr Gott, zu unsern Zeiten!“ (EG 421)

*Im März 2017,*

*Ihr*

A handwritten signature in black ink, which reads "F. O. July". The signature is written in a cursive, slightly stylized script.

*Landesbischof*

*Dr. h. c. Frank Otfried July*

---

## 1. Was wir sehen

In zahlreichen Ländern der Welt toben Kriege oder bewaffnete Konflikte. Deutschland ist weltweit einer der größten Waffenexporteure.

Dimension und Problematik von Rüstungsexporten wurden in jüngster Zeit besonders deutlich durch die Flucht von etwa 65 Millionen Menschen vorwiegend aus Kriegsgebieten. In Deutschland nahm der Wert der Genehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen von 2014 auf 2015 in Euro um fast 100% zu, im ersten Halbjahr 2016 um weitere gut 16% gegenüber demselben Zeitraum 2015<sup>1</sup>.

## 2. Was wir glauben

Gott will und schafft Frieden. Durch die gesamte Bibel ziehen sich die Verheißungen vom Friedensreich Gottes. Zugleich zeichnet die Bibel das realistische Bild einer Welt voller Sünde, Gewalt und Krieg, in die wir alle tief verstrickt sind. Gottes Reich des Friedens und der Gerechtigkeit ist noch nicht vollendet.

Jesus Christus ist in dieser Welt den Weg der Gewaltfreiheit gegangen – er ist unser Friede und der Friede der ganzen Welt (vgl. Epheser 2,14). Wir vertrauen und gehorchen der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt. Die Barmer Theologische Erklärung erinnert daran, dass der Staat in dieser Welt unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen hat (gemäß These 5 der Barmer Theologischen Erklärung von 1934).

1948 bezeugte der Weltrat der Kirchen bei seiner Gründung: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Im Geiste Jesu sollen wir Frieden fördern, auf eine Verringerung von Gewaltanwendung hinarbeiten und lernen, Konflikte mit zivilen Mitteln zu lösen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Rüstungsexportbericht der Bundesregierung Deutschland 2015: Stand Juni 2016 unter [http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2015.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=14](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=14), S. 22 und Stand Oktober 2016 unter [http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexport-zwischenbericht-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=12](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexport-zwischenbericht-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=12), S. 22

# Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten

---

### 3. Was wir fordern

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg tritt für gewaltfreies Handeln ein und fördert die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung entsprechend der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007). Das bedeutet zum einen Vermeidung oder Verminderung militärischer Gewalt, zum anderen einen Ausbau friedensschaffender und -erhaltender Maßnahmen.

Konkret heißt dies:

- *Beschränkung von Waffenexporten*

Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden, ebenso wenig wie Lizenzen für ihre Produktion. Ausnahmen von dieser Regel sind vor der Entscheidung und öffentlich zu begründen. Der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Krisengebiete ist konsequent daraufhin zu prüfen, inwieweit durch die Exporte nicht das Risiko rechtloser Gewalt befördert wird.

- *Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken*

Kleinwaffen sind die „Massenvernichtungswaffen“ der Gegenwart. Ihr Export für militärische Zwecke ist zu verbieten und das Verbot effektiv zu kontrollieren. Wir sehen aber auch, dass z.B. die Polizei in anderen Ländern auf eine Ausstattung mit Waffen angewiesen ist. Eine Waffenlieferung für polizeiliche Zwecke ist nur in stabile staatliche Verhältnisse, die nach Grundsätzen demokratisch legitimer rechtsstaatlicher und effektiver Regierungs- und Verwaltungsführung unter Beachtung der Menschenrechte funktionieren, vorstellbar. Es gibt jedoch kein gesichertes Verfahren, den Endverbleib dieser Waffen zu überwachen.

- *Stärkung von Friedensbildung und ziviler Konfliktbearbeitung*

Ansätze der Friedensbildung, der Friedenspädagogik und die zivile Konfliktbearbeitung sind in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Außenpolitisch sind Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung auch finanziell vorrangig zu unterstützen. Die Überwindung von Kriegs- und Fluchtursachen muss so weit wie möglich mit friedlichen Mitteln erfolgen.

---

#### **4. Wozu wir uns verpflichten**

In unserer Landeskirche werden wir uns auf allen Ebenen intensiv mit friedensethischen Fragen beschäftigen.

Konkret bedeutet dies:

- *Stärkung von Friedensbildung und Friedensarbeit*

Wir stärken die Friedensbildung an den Schulen in unserem Land und in unseren Gemeinden. Wir unterstützen die Arbeit und Vernetzung der Friedensbeauftragten in den Kirchenbezirken und darüber hinaus.

- *Initiierung eines Runden Tisches für Rüstungskonversion*

Wir bringen einen Dialogprozess in Form eines Runden Tisches zum Thema Rüstungskonversion auf den Weg, an dem Unternehmer, Beschäftigte, Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Kirchen teilnehmen.

- *Anstoßen einer öffentlichen Diskussion über ein Exportverbot von Kleinwaffen*

Wir stoßen eine öffentliche Diskussion über das Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken an.

Die Friedensbotschaft des Evangeliums muss auch in politischen Entscheidungen bedacht und ernst genommen werden.

# Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten

---

Sehr verehrter Herr Präsident Braun, hohe Synode!

Sehr verehrter Herr Landesbischof und verehrte Mitglieder des Oberkirchenrats!

Als eine Auswirkung der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation in Jamaica 2010 setzte Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel in unserer Landeskirche eine Kommission zu Fragen der Rüstungskonversion ein. Es sollte dabei nicht um eine Fundamentaldiskussion, sondern um ein konkretes Umsteuern in der Rüstungsindustrie gehen, die für die Herstellung ziviler Produkte gewonnen werden sollte. Dies Vorhaben scheiterte, da die Vertreter der Wirtschaft die Einladung zu einem solchen Diskussionsprozess nicht annahm. So befasste sich die Kommission, moderiert von Frau Kirchenrätin Dr. Godel und besetzt mit Persönlichkeiten unserer Landeskirche und anderer Institutionen, über einen dreijährigen Zeitraum dann doch mit den fundamentalen Fragen der deutschen Rüstungsproduktion und des Rüstungsexports. 2015 legte diese Gruppe eine fundierte, mehrseitige Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten vor.

Die in der Sommersynode 2016 in Heilbronn geplante Verabschiedung dieses Papiers durch Landessynode, Landesbischof und Oberkirchenrat fand nicht statt, da noch aufgetretene Fragen geklärt werden mussten. Es blieb uns jedoch weiterhin wichtig, auf eine gemeinsame Erklärung aller kirchenleitenden Organe hinzuwirken. Eine Arbeitsgruppe des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung, in der alle vier Gesprächskreise repräsentiert waren, unterstützt durch zwei Mitglieder des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit und durch drei Mitglieder des Oberkirchenrats – unter ihnen Herr Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel – übernahm die Aufgabe, die erarbeitete Erklärung zu kürzen, ohne sie jedoch zu entschärfen. Wertvolle Impulse für eine gekürzte Erklärung hatte Friedenspfarrer Schilling gegeben. Auch die Beiträge von Frau Oberkirchenrätin Hinrichs von der Badischen Landeskirche bei den Diskussionen am Thementag waren sehr hilfreich.

Das Ergebnis unserer Beratungen liegt Ihnen jetzt vor. Sie, liebe Synodale, müssen dem Text zustimmen, damit der Landesbischof im Namen dieser Landessynode die Erklärung abgeben kann, auch wenn wir wissen, dass sie einigen zu weitgehend, anderen wiederum zu wenig weitgehend ist. Wir hoffen sehr, dass die Erklärung durch ihre Klarheit und ihre Kürze in Gemeinden und der interessierten gesellschaftlichen Öffentlichkeit als eindeutige Stellungnahme unserer Kirche wahrgenommen wird. Dem Bericht von Herrn Oberkirchenrat Prof. Dr. Heckel, den Sie gleich hören werden, stimme ich völlig zu. Der Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung hat der Erklärung bzw. dem vorliegenden Antrag in seiner Sitzung am 24. Oktober 2016 zugestimmt.

*Vorsitzender des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung Dr. Harald Kretschmer*

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohe Synode!

Die Prophetenbücher des Alten Testaments sind geprägt von der Verheißung des göttlichen Friedensreiches. „[Z]ur letzten Zeit“ heißt es im 2. Kapitel des Propheten Jesaja, „[...] wird [Gott] richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Im Epheserbrief lesen wir: „Christus ist unser Friede“ (Eph 2,14). Er ist der verheißene Friedefürst, in dessen Reich Frieden, Recht und Gerechtigkeit herrschen werden ohne Ende (Jes 9,5f; 11,1-10; Sach 9,9f). Durch seinen Tod und seine Auferstehung hat er zwischen verfeindeten Menschen Frieden gestiftet, sie mit Gott versöhnt und den Zugang zum Vater im Himmel eröffnet (Eph 2,14-18).

Aber sein Reich des Friedens und der Gerechtigkeit ist noch nicht vollendet. Wir leben in einer Welt, die noch von Sünde und Gewalt, Krieg und Terror gezeichnet ist. In der Bergpredigt sagt Jesus: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ Zugleich fordert er die Christen zum Verzicht auf Vergeltung und zur Feindesliebe auf (Mt 5,38-48). Und der Apostel Paulus mahnt uns in Röm 12,18: „Ist's möglich, soviel an euch liegt, so habt mit allen Menschen Frieden.“ Doch in dieser unserer Welt ist und bleibt der Friede gefährdet. Krieg und Gewalt bedrohen das Leben, die Würde und die Grundrechte vieler Menschen. Jesus hat die Notwendigkeit politischer Macht anerkannt und auf die Frage, ob es erlaubt ist, dem Kaiser Steuern zu zahlen, geantwortet: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ (Mk 12,17). Deshalb unterscheidet das Augsburger Bekenntnis zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt (Art. 16).

In Glaubensdingen gilt der Grundsatz: „ohne menschliche Gewalt, sondern allein durch Gottes Wort (sine vi humana, sed verbo)“ (Art. 28). Zu den staatlichen Aufgaben hält die fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung (1934) fest: „Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“ Verwiesen wird damit auf das Gewaltmonopol und die polizeiliche Gewalt des Staates. Über all dem steht der Friede Gottes als Verheißung für das Leben seiner Gemeinde und der ganzen Welt. Und diesen Frieden gilt es schon hier und jetzt in unserem menschlichen Miteinander zu verwirklichen: soweit es uns möglich ist. Wenn wir Christen und Christinnen uns für den Frieden in unserer Welt einsetzen, dann tun wir das, weil wir glauben, dass die Verheißung des göttlichen Friedens für das Ende der Zeiten auch unserem ganz irdischen Leben eine Richtung vorgibt, die es für unser Tun und Lassen ernst zu nehmen gilt.



# Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten

---

Ernst genommen haben wir in unserer Landeskirche deshalb auch das Anliegen der 2010 beendeten Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt – und haben das Thema Frieden unter einem konkreten Blickwinkel gründlich bearbeitet: Über drei Jahre lang hat sich eine Landeskirchliche Kommission – ursprünglich zur Rüstungskonversion – mit den Themen Rüstungsproduktion, Rüstungskonversion, also Umwidmung von Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter, und Rüstungsexporte beschäftigt. Im Mai 2014 gab es eine Tagung zum Thema unter dem Titel „Kirche und Rüstung“ in Bad Boll, an der auch viele Synodale teilgenommen haben. Erarbeitet wurde in einem langen Diskussionsprozess der Entwurf einer landeskirchlichen Stellungnahme zu deutschen Rüstungsexporten.

Die Landessynode – insbesondere ein Workshop des Studientags „Reformation. Eine Welt. Gerechter Friede“ am 8. Juli 2016 in Heilbronn – und das Kollegium des Oberkirchenrats haben sich inzwischen intensiv mit dem Text befasst. In Abstimmung zwischen dem Kollegium des Oberkirchenrats und dem synodalen Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung wurde der Textentwurf gründlich überarbeitet und gekürzt. Der nun vorliegenden Fassung einer „Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zum Thema deutsche Rüstungsexporte“ (Antrag Nr. 73/16: Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten) haben sowohl der Ausschuss für Mission, Ökumene und Entwicklung als auch das Kollegium des Oberkirchenrats zugestimmt. Heute soll nun die Landessynode nach der Aussprache zu einem Beschluss kommen, ob der Landesbischof gemäß § 21 Abs. 3 Kirchenverfassungsgesetz gebeten werden soll, die vorliegende Erklärung abzugeben.

Mit dem Thema dieser Erklärung setzen wir an einem der zentralen Probleme unserer durch Gewalt und Terrorakte geprägten Welt an. Denn das Exportieren und die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern bedeuten unwillkürlich, dass Instrumente und Mittel der – oft genug tödlichen – Gewaltanwendung zur Verfügung gestellt werden. Und das eben nicht nur für NATO-Staaten oder Länder der Europäischen Union, sondern auch für sogenannte „Drittstaaten“, für Krisenregionen und für solche Regionen dieser Welt, von denen regelmäßig über Menschenrechtsverletzungen berichtet wird. Hingewiesen sei exemplarisch auf Saudi-Arabien und das von Drogenkartellen geplagte Mexiko. Hingewiesen sei nicht zuletzt aber auch auf die Krisenregionen in Syrien und im Irak, wo Waffen zweifellos und massenweise in den falschen Händen Millionen von Menschen zur Flucht vor Gewalt, Krieg und Terror veranlasst haben und auch gegenwärtig und zukünftig noch veranlassen werden.

---

Ein besonderes Augenmerk der landeskirchlichen Stellungnahme gilt nicht zuletzt deshalb der Verbreitung von Kleinwaffen, den sogenannten Massenvernichtungswaffen unserer Tage: Schätzungsweise 1000 Menschen sterben täglich weltweit durch Kleinwaffen. Ein ungelöstes Problem ist die Kontrolle des Endverbleibs dieser Waffen und damit deren Wiederverwendung in weiteren Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Einsicht, dass sich eine kirchliche Erklärung mit ihren Forderungen oder Wünschen nicht nur an andere wenden, sondern immer auch das eigene Handeln in den Blick nehmen sollte, ist es geschuldet, dass in dem Text abschließend auch der mögliche eigene Beitrag der Landeskirche in drei Punkten zur Sprache kommt: Stärkung von Friedensbildung und Friedensarbeit, erneute Initiierung eines Runden Tisches für Rüstungskonversion und Anstoßen einer öffentlichen Diskussion über ein Exportverbot für Kleinwaffen zu militärischen Zwecken. Der Wortlaut der Erklärung ist das Ergebnis eines intensiven und engagierten Diskussionsprozesses. In theologisch-ethischer Hinsicht wurde durchgängig um Formulierungen gerungen, die von den vorhandenen unterschiedlichen theologisch-ethischen Positionen aus mitgetragen werden konnten und können. So wird z.B. grundlegend darauf geachtet, dass die Erklärung durchgängig an der Maxime der Gewaltminimierung und am Interesse, Menschenleben zu schützen, orientiert ist und so einen Konsens verschiedener friedensethischer Positionen formuliert.

Warum sollte unsere Landeskirche überhaupt eine solche Erklärung verabschieden?

Dazu ist zuerst einmal auf die biblisch-theologische Begründung des Themas und des Anliegens dieser Erklärung zu verweisen sowie auf das Ernstnehmen der zugrunde liegenden Not: die Gefährdung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens in dieser Welt, die eben zu einem guten Teil auch durch deutsche Rüstungsexporte verursacht wird. Zudem aber ist eine solche Erklärung eines der wichtigsten Mittel, durch die die Kirche in unsere Gesellschaft hinein wirken kann. Gerade in Hinblick auf das Reformationsjubiläum wissen wir uns dem reformatorischen Erbe verpflichtet, das uns nicht nur zur liturgischen Feier der Gottesdienste einlädt, sondern auch zum vernünftigen Gottesdienst im Alltag ermuntert und Mut macht zur Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, d.h. reformatorisch gesprochen der Welt.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zuzustimmen mit der Bitte an den Landesbischof, eine entsprechende Erklärung abzugeben.

*Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel*

**Impressum**

Herausgegeben vom

Evangelischen Oberkirchenrat

Gänsheidestraße 4

70184 Stuttgart

Titelfoto: Fotolia, Jonathan Stutz

Grafik und Herstellung:

Evangelisches Medienhaus GmbH, Stuttgart

Stuttgart 2017



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE  
IN WÜRTTEMBERG